

NEWSINTERNATIONAL

Aktuelle Informationen zu Ländern und Märkten



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2309 | Fax 030-20308-52309

Redaktion: Kevin Heidenreich | E-Mail: heidenreich.kevin@dihk.de | www.dihk.de

Im Blickpunkt

■ DIHK erwartet geringes Exportwachstum

Ausblick 2017

(DIHK) Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erwartet 2017 in Deutschland ein Wachstum von 1,2 Prozent. Sorgen macht dem Präsidenten des DIHK, Eric Schweitzer, der Export.

Mit welchen Erwartungen geht die deutsche Wirtschaft ins neue Jahr? Schweitzer: Wir gehen für das neue Jahr von 1,2 Prozent Wachstum aus. Das ist weniger, als wir 2016 hatten. Die Entwicklung wird vor allem durch den Binnenkonsum und die Bauwirtschaft getragen. Der Export macht uns Sorgen, vor allem aus zwei Gründen: Die Weltwirtschaft wächst aktuell lediglich um unterdurchschnittliche drei Prozent, zudem nehmen in vielen G20-Ländern protektionistische Maßnahmen zu.

Was bedeutet das konkret? Schweitzer: Unser Exportwachstum dürfte 2017 mit zwei Prozent genauso schwach ausfallen wie 2016. Der Export ist aber der Bereich, der unser Wirtschaftsmodell trägt. Und genau dort wachsen wir fast nicht mehr. Das ist eine gefährliche Entwicklung für den Standort Deutschland.

Wird es 2017 eine Fortsetzung des Jobwunders geben? Schweitzer: Wir rechnen damit, dass es 2017 etwa 450 000 neue Jobs in Deutschland geben wird. Das kann sich sehen lassen. Ganz vorn werden der Gesundheits- und Bildungssektor mit 150 000 neuen Arbeitsplätzen sein. Bei den vor allem unternehmensbezogenen Dienstleistern gehen wir von 130 000 zusätzlichen Stellen aus. In Handel, Verkehr und Gastgewerbe werden es auch 130 000 sein, in der Industrie und auf dem Bau jeweils 30 000.

■ Deutsche Wirtschaft wächst um 1,9 Prozent

Schwache Exportzahlen

(DIHK) Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr stärker gewachsen, als viele Konjunkturbeobachter es erwartet hatten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2015 war es noch 1,7 Prozent gewesen. Getragen wurde das Wachstum vor allem vom privaten und staatlichen Konsum - und von den Investitionen, allen voran denen in den Wohnungsbau. Die Staatsausgaben stiegen mit 4,2 Prozent deutlich stärker als im Vorjahr. Einen höheren Zuwachs hatte es zuletzt 1992 gegeben - nach der Wiedervereinigung. Als Grund für das kräftige Plus nannten die Statistiker am Donnerstag in Berlin vor allem die Kosten im Zusammenhang mit dem Zustrom von Flüchtlingen. Angesichts der diversen globalen Krisen und Unsicherheiten entwickelte sich

der Export schwächer als zuvor: Hatte die Ausfuhr 2015 noch um 5,2 Prozent zugelegt, waren es 2016 nur noch 2,5 Prozent. Weil der Import mit 3,4 Prozent kräftiger wuchs, trug der Außenhandel abermals negativ zum Gesamtwachstum bei. Trotz zunehmender globaler Risiken und nationaler Herausforderungen gehe es weiter aufwärts. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnte vor zu großer Euphorie. Für eine Exportnation mit alternder Bevölkerung sei das Außenhandlungsergebnis schwach gewesen, erklärte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben.

■ Trump verunsichert die deutsche Wirtschaft

USA

(DIHK) Erst seit kurzem ist Donald Trump 45. Präsident der Vereinigten Staaten. Doch bereits schon vor seiner Amtseinführung prägte er die Schlagzeilen. Der mexikanische Peso ist aufgrund der Ankündigungen Trumps, mexikanische Exporte in die USA einzudämmen, auf ein Rekordtief gefallen. Vor seiner Pressekonferenz am 11.1. herrschte auch am deutschen Aktienmarkt Nervosität, denn die deutsche Wirtschaft ist verunsichert, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die USA unter der neuen Administration einnehmen werden. Und Unsicherheit ist bekanntlich Gift für Innovationen und Investitionen.

Dann wurde Trump in Presseinterviews konkreter, kritisierte ein Ungleichgewicht bei den Autoexporten zwischen der USA und Deutschland und drohte deutschen Autobauern, die Autos aus Mexiko in die USA exportieren wollen, mit 35% Importsteuern. Dies ist ein äußerst alarmierendes Signal. Hebt der neue US-Präsident die Freihandelszone mit Mexiko durch Importsteuern de facto auf, könnten die Folgen für die deutschen und internationalen Investoren vor Ort gravierend sein. Dies wäre ein nie dagewesener Präzedenzfall mit nicht absehbaren Folgen – werden internationale Handelsabkommen von einem großen Player wie den USA außer Kraft gesetzt, kann das regelbasierte Welt-handelssystem als Ganzes in Frage gestellt werden.

Zumindest ungewöhnlich ist auch der Weg der Kommunikation: naming und shaming einzelner Unternehmen. Deutsche Investitionen sichern über 600.000 Arbeitsplätze in den USA. Deutschland ist der 6. wichtigste Exportmarkt für die USA. Die EU und die USA versuchen seit einigen Jahren durch ein Freihandelsabkommen, das Industriezölle sowie Diskriminierungen abschafft, ein level playing field zu schaffen. Dies wäre der Weg heraus aus dem von ihm kritisierten Ungleichgewicht – nicht der Aufbau von Import-hemmnissen, die Ausweitung von "Buy American"-Regeln oder sogar eine Abkehr von WTO und Freihandelsbestrebungen. Die USA und Deutschland verbindet eine lange und intensive Zusammenarbeit, wirtschaftlich wie politisch. Dies sollte auch in Zukunft so bleiben. Ansonsten gibt es am Ende nur Verlierer.

Länder/Märkte

■ Wichtige Änderungen im Arbeitsrecht

Finnland

(AHK) Ist Ihr Unternehmen in Finnland beschäftigt? Zum Jahreswechsel sind wichtige Änderungen des finnischen Arbeitsvertragsgesetzes in Kraft getreten. Die maximale Dauer der Probezeit wurde von vier auf sechs Monate verlängert. Die so genannte „Rücknahmepflicht“ wurde von neun auf vier Monate verkürzt. Sie besagt, dass Arbeitgeber freie Stellen betriebsbedingt gekündigten ehemaligen Mitarbeitern anbieten müssen, bevor sie anderweitig besetzt werden können. Diese Pflicht hat der Arbeitgeber jetzt nur noch in den ersten vier Monaten nach Ende des betriebsbedingt gekündigten Arbeitsverhältnisses.

Ebenfalls geändert wurden die Vorschriften zur Befristung von Arbeitsverhältnissen. Es ist nunmehr möglich, mit Langzeitarbeitslosen für die Dauer von höchstens einem Jahr befristete Arbeitsverträge abzuschließen, ohne dass es dafür einen sachlichen Grund geben müsste. Bisher waren Befristungen ohne besonderen Grund in Finnland generell unzulässig. Wer im Rahmen von z. B. Bau- oder Montageaufträgen in Finnland Mitarbeiter beschäftigt, erfährt im neuen Video der Deutsch-Finnischen Handelskammer kurz und einfach, wie eine persönliche Steuernummer in Finnland beantragt werden kann.

Zum Video gelangen Sie [hier](#):

■ Umweltausschuss für CETA

Kanada

(DIHK) Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments hat sich für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ausgesprochen. In den kommenden Wochen werden noch der Handelsausschuss und der Auswärtige Ausschuss über CETA abstimmen, bevor sich das Plenum des Europaparlaments Mitte Februar damit befasst.

Außenwirtschaftsförderung

■ 23. CORNET-Ausschreibungsrunde vom 12.12.16 - 29.03.17

Internationale Forschungsprojekte

(DIHK) Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) koordiniert die AiF F-T-K GmbH bereits seit 2011 das unabhängige internationale Forschungsförderungsnetzwerk CORNET (kurz für:

Collective Research Networking). Die Förderung der Projekte erfolgt auf Basis der nationalen/regionalen Fördermechanismen. In Deutschland basiert CORNET auf der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF).

Die 23. Ausschreibung des internationalen Forschungsförderungsnetzwerks CORNET (Collective Research Networking) ist geöffnet. Bis zum 29. März 2017, 12 Uhr (MEZ) können Anträge online [hier](#) eingereicht werden. Aktuell sind an dem Netzwerk Ministerien und Projektträger aus insgesamt neun Ländern und Regionen beteiligt. CORNET organisiert zwei Ausschreibungsrunden pro Jahr für internationale Projekte der Gemeinschaftsforschung. Die Förderung ist themenoffen angelegt.

Detaillierte Informationen zur Antragstellung sowie zu den aktuellen Rahmenrichtlinien und Budgets der beteiligten Länder finden Sie [hier](#) in der Rubrik Calls for Proposals.

■ Informationen zum Export aus afrikanischen Ländern in die EU

Plattform

(DIHK) Der Export Helpdesk ist ein Online-Service der Europäischen Kommission, der Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten der EU erleichtern soll. Das Angebot ist kostenlos und nutzerfreundlich und liefert wichtige Informationen für Exporteure in Entwicklungsländern, die sich für den Handel mit EU-Märkten interessieren. Unter anderem liefert der Helpdesk Statistiken zum Handelsverkehr mit der EU sowie Informationen über EU-Einfuhrregulierungen und Vorschriften über Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuer. Der Helpdesk der EU ist die zentrale Plattform für Informationen zum Export aus afrikanischen Ländern in die EU und in einzelne europäische Länder. Der Zugang zum von der EU finanzierten Helpdesk ist kostenlos und es kann in mehreren Sprachen wie Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Russisch und Portugiesisch genutzt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

■ Neue Möglichkeit der Schiedsgerichtsbarkeit: Das ständige Schiedsgericht bei der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer

Bulgarien

(DBIHK) Das Ständige Schiedsgericht bei der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer (DBIHK) wurde mit Beschluss des Kammervorstandes am 20.05.2016 gegründet. Das Schiedsgericht hat sei-

nen Sitz in Sofia. Durch den Aufbau des deutsch-bulgarischen Schiedsgerichtes bietet die DBIHK den Unternehmen ein schnelles und hochwertiges Verfahren an, das nach einem von beiden Parteien genehmigten Zeitplan durchgeführt wird.

Das Schiedsgericht der DBIHK bietet eine Alternative zu staatlichen Gerichten. Auf der Grundlage einer vereinbarten Schiedsklausel können die Parteien eine endgültige Entscheidung in einer einzigen Instanz herbeiführen. Die Streitbeilegung vor dem Schiedsgericht steht nicht nur den Mitgliedsfirmen der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer zur Verfügung. Darüber hinaus können Firmen, die keine Mitglieder der Kammer sind, in ihren Verträgen die Zuständigkeit des Schiedsgerichts vereinbaren.

Streitfälle können schnell und kostengünstig gelöst werden. Als Schiedsrichter werden die von den Parteien selbst gewählten Experten eingesetzt. Den Ort des Verfahrens und die Verfahrenssprache werden von den Parteien bestimmt. Kostenmäßig sind Schiedsverfahren im Regelfall günstiger als mehrinstanzliche Verfahren vor staatlichen Gerichten. Eine Aufhebung von Schiedssprüchen ist im Wesentlichen nur dann möglich, wenn schwerwiegende Verfahrensfehler vorliegen. Schiedssprüche sind nach einer Vollstreckbarkeitserklärung durch das zuständige Gericht vollstreckbar.

Erster Präsident des neugegründeten Ständigen Schiedsgerichtes bei der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer ist Prof. Dr. Marian Paschke von der Universität Hamburg. Bezugnehmend auf Bulgarien, betont er, sei die hohe Anzahl der Schiedsgerichte und die Konkurrenz zwischen den Schiedsgerichten ein positives Zeichen für die Entwicklungen in einem Land. „Wir wollen ein internationales Schiedsgericht schaffen, das den internationalen Standards genügt“, ergänzt Prof. Dr. Marian Paschke, dem 2005 die Ehrendoktorwürde (Dr. h.c.) durch die St. Kliment Ohridski Universität Sofia verliehen wurde.

Weitere Informationen zum Ständigen Schiedsgericht der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer finden Sie [hier](#).

■ Neue Steuerreform ab dem 01.01.2017

Kroatien

(AHK) Im November wurden dem kroatischen Parlament 15 entsprechende Gesetze zur Steuerreform vorgelegt, die Mitte Dezember offiziell beschlossen wurden, womit die Anwendung ab dem 01.01.2017 damit verpflichtend ist. Durch diese erste Reform in einer ganzen Reihe von anstehenden Reformen soll die Belastung der Steuerzahler vermindert, gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft sowie die steuerrechtliche Sicherheit und Berechenbarkeit verbessert werden. Zu den wichtigsten Maßnahmen der Steuerreform gehören die Senkung der Körperschaft- und der Einkommensteuer ab 2017 sowie

der Mehrwertsteuer hauptsächlich ab 2018. Das Steuersystem soll insgesamt vereinfacht werden. Der allgemeine Körperschaftsteuersatz wird von derzeit 20 % auf 18 % gesenkt, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens in der Region verbessert werden soll. Für kleine Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 3 Mio. Kuna (knapp 400.000 Euro), Landwirte und Handwerker ist der Steuersatz sogar auf 12% reduziert worden. Eine Reform gibt es auch bei der Mehrwertsteuer. Kroatien hat mit 25 % den zweithöchsten Mehrwertsteuerregelsatz in der EU. Die Mehrwertsteuer wird ab Januar 2017 für ausgewählte Waren und Dienstleistungen, darunter für Agrarrohstoffe, Elektroenergie und Müllabfuhr, von 25 % auf 13 % reduziert. Zudem wird der bisher reduzierte Mehrwertsteuersatz für Dienstleistungen in der Gastronomie und Zucker von derzeit 13 % auf 25 % angehoben. Ab 2018 soll dann der Mehrwertsteuerregelsatz von derzeit 25% auf 24% und der ermäßigte Satz von 13% auf 12% gesenkt werden. Ab dem 01.01.2017 gilt auch eine neue Staffelung der Einkommenssteuersätze.

Bei Fragen zu unserem Dienstleistungsangebot steht Frau Renata Benović, E-Mail: renata.benovic@ahk.hr, Tel.: +385 1 6311 629 Web: kroatien.ahk.de gerne zur Verfügung.

■ Einigung im Rat zur Reform der EU-Handelsschutzinstrumente

Schutzzölle

Der EU-Ministerrat hat sich am 13. Dezember auf eine gemeinsame Position zur ersten größeren Reform der europäischen Handelsschutzinstrumente seit 1995 geeinigt. Mit dem Kompromissvorschlag sollen EU-Antidumping- und Antisubventionsbestimmungen geändert werden, um europäische Unternehmen besser vor unlauteren Handelspraktiken zu schützen. Er schafft die Möglichkeit erhöhter Schutzzölle für Fälle, in denen Verzerrungen bei Rohstoff- und Energiepreisen vorliegen. Des Weiteren soll der neue Vorschlag zu erhöhter Transparenz und Verlässlichkeit bei der Einführung von Schutzinstrumenten führen.

Veranstaltungen

■ B2O Conference on Responsible Business Conduct and Anti-Corruption am 27. Januar

Nachhaltige Entwicklung

(DIHK) Gemeinsam mit der Allianz für Integrität (AfIn) der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Emerging Market Sustainability Dialogues (EMSD) findet die B2O Conference "From Aspiration to Business Action: The Agenda 2030 as driver for responsible business and anti-corruption in infrastructure development" am 27. Januar im Allianz Forum am Pariser Platz in Berlin

statt.

Die Konferenz soll die B20-Agenda mit der Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen verknüpfen. Ziel ist es, konkrete Schritte für Unternehmen zu erarbeiten, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in die Tat umzusetzen und auf die Infrastruktur zu fokussieren. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion folgen verschiedene Pausen zu spezifischen Herausforderungen innerhalb der Infrastrukturentwicklung, wie z. B. freiwillige Industriestandards, Finanzierung und Compliance.

Ansprechpartner: Frau Sabrina Netzer, Tel.: +49 30 20308-2328, E-Mail: netzer.sabrina@dihk.de

■ 15. Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (LAK) – Donnerstag, 9. Februar 2017

Schlagwort

(DIHK) Die Lateinamerika-Initiative, getragen von den größten deutschen Wirtschaftsverbänden, organisiert in zweijährigem Rhythmus die Lateinamerika-Konferenz der deutschen Wirtschaft. Diese Konferenz ist die wichtigste Plattform, um wirtschafts- und handelspolitische Themen zwischen Lateinamerika und Deutschland zu diskutieren, bestehende Kontakte zu pflegen bzw. neue zu knüpfen. Die Lateinamerika-Konferenz 2017 findet zum dritten Mal in Folge im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin statt. Die Konferenz wird veranstaltet von der Lateinamerika Initiative der Deutschen Wirtschaft. Sie ist getragen von den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft (Bankenverband, BDI, BGA, DIHK), dem Lateinamerikaverband und den deutschen Auslandshandelskammern in Lateinamerika.

Viele Länder Lateinamerikas sind in den letzten Jahren durch politische Veränderungen geprägt worden. Dies gilt in besonderem Maß für Argentinien und Brasilien. Dieser Politikwechsel hat unmittelbare Auswirkungen auf die Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Zur Anmeldung kommen Sie [hier](#).

■ Deutsch-Armenisches Wirtschaftsforum am 15. Februar 2017 in Berlin

Armenien

(DIHK) Am Mittwoch, 15. Februar 2017, 9:30 bis 15:00 Uhr, findet das Deutsch-Armenische Wirtschaftsforum im Haus der Deutschen Wirtschaft unter Schirmherrschaft des BMWi und des Ministeriums für Verkehr, Kommunikation und Informationstechnologien der Republik Armenien statt. Veranstalter sind der Ost-Ausschuss, bitkom, der Osteuropaverband sowie der DIHK. Ziel der Veranstaltung ist es, aktuell über Armenien als Wirtschaftspartner Deutschlands zu informieren und

damit deutschen Unternehmen entsprechende Kooperationschancen aufzuzeigen. Aus Armenien werden der Vize-Premierminister und Minister für internationale Wirtschaftsintegration und Reformen, Vache Gabrielyan, und der Minister für Verkehr, Kommunikation und Informationstechnologien, Vahan Martirosyan, erwartet. Eine Gruppe armenischer Unternehmer wird für direkte Unternehmensgespräche zur Verfügung stehen.

Die Veranstaltung ist ohne Teilnehmerbeitrag. Konferenzsprachen sind Englisch und Deutsch (Simultanübersetzung). Weitere Informationen sowie Programm und Anmeldung finden Sie [hier](#).

■ 5. Russland-Konferenz „Neue Regeln, neue Räume – Chancen in Russland und der EAWU“ am 24. Februar 2017 im DIHK in Berlin

EAWU

(AHK) Bereits zum fünften Mal in Folge organisieren die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) eine gemeinsame Konferenz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Die diesjährige Konferenz am 24. Februar 2017 weitet jedoch den Blick auf die Chancen, die sich in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) bieten, aus. Weitere Veranstaltungspartner sind deshalb in diesem Jahr die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus sowie die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Kasachstan. Erwartet werden knapp 500 hochrangige Unternehmensvertreter und politische Entscheidungsträger aus Deutschland und den Ländern der EAWU. In drei Panels am Nachmittag diskutieren Experten u.a. Herausforderungen, die sich in Hinblick auf die Lokalisierung und Einfuhrbestimmungen in der EAWU ergeben. Beim abschließenden Empfang im Haus der Deutschen Wirtschaft (DIHK) ab 18.00 Uhr wird zudem der Vorsitzende der Eurasischen Wirtschaftskommission, Tigran Sarkisjan, eine Keynote halten.

Die Veranstaltung ist kostenfrei. Das Programm der Konferenz sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).